



Nummer 11| September 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

heute gibt es eine „doppelte“ NAG Ausgabe für Sie zum Lesen, die Ihnen einen Rückblick auf unsere Haushaltswochen und die jüngste Sitzungswoche ermöglichen.

Es war etwas „hektisch“ in unseren Büros! Zwei neue Mitarbeiterinnen sind gestartet: Frau Andrea Schmökel ist seit dem 05.09.2016 im Berliner Büro als Sekretärin

beschäftigt. Sie hat bis vor einem Jahr in Harpstedt gelebt, und ich freue mich, dass sich unsere Wege jetzt wieder gekreuzt haben.

Im Wahlkreis unterstützt mich Frau Anna Nahm, zusätzlich zu den beiden bisherigen Mitarbeitern im Wahlkreis, hinsichtlich Bürgeranliegen und meiner Pressearbeit.

Ich hoffe, dass wir mit diesem

Team, noch besser als bisher, die Brücke von der Spree an die Hunte, die Delme und an die Weser schlagen werden.

In diesem Sinne, herzliche Grüße aus Berlin

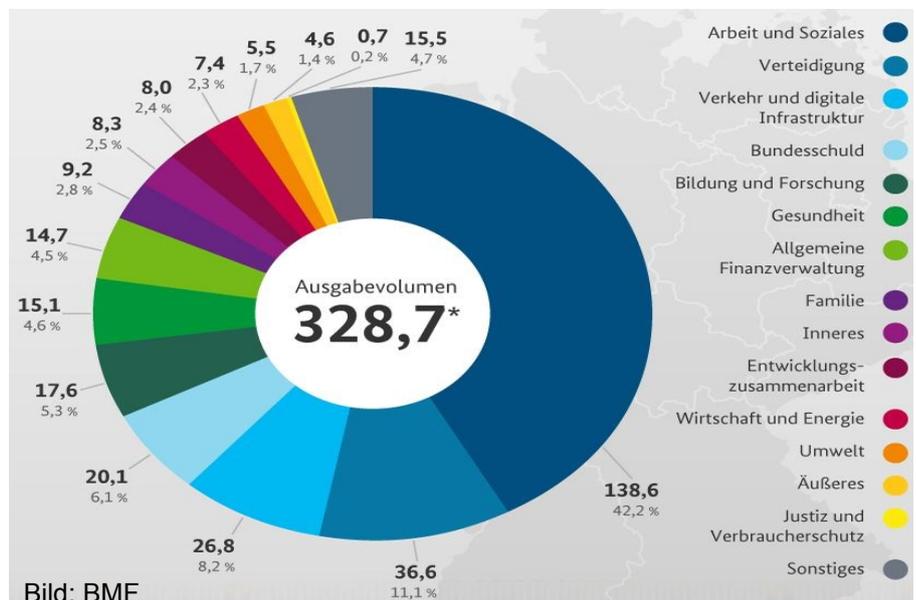
Thwe
Astrid Grotelueschen

Haushaltsberatungen—zum dritten Mal ohne Schulden!

In der zweiten Septemberwoche haben wir in Berlin den Bundeshaushalt beraten, und zum 3. Mal kommen wir dabei ohne Schulden aus. Wir sind damit trotz jeder Menge neuer Aufgaben handlungsfähig. Somit steht in einem zurzeit (auch international) schwierigen Umfeld, das auch oft von Unsicherheit bestimmt wird, die Haushaltspolitik des Bundes für Stabilität.

In der Debatte zum Haushalt wurde betont, dass ein wesentlicher Eckpfeiler die gute Arbeit unserer Mittelständler und Industrie darstellt. Diese ermöglicht uns, neben dem größten Haushaltsposten von 138,6 Mrd. Euro für das Ressort „Arbeit und Soziales“ zusätzliche Finanzmittel z.B. für Forschung, Bildung und auch Integration zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt bleiben im Haushalt 2017 die geplanten Ausgaben von 328,7 Milliarden Euro im Einklang



mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Es wird also nur ausgegeben, was tatsächlich vorhanden ist. Damit Länder und Kommunen ihre Vorhaben verlässlich finanzieren können, sollen die Ausgaben für Bildung und Forschung stark erhöht werden. Eine weitere Entlastung erfolgt mit 4,2 Mrd. Euro

durch die vollständige Übernahme des BAföG durch den Bund. Mit fast der gleichen Summe (4,1 Mrd. Euro) trägt der Bund zum Ausbau der Kinderbetreuung bei. Im Zeitraum von 2010 bis 2019 beträgt das finanzielle Engagement des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen somit mehr als

150 Mrd. Euro. Außerdem sollen 2020 ca. 100 Mrd. Euro als Zuschuss in die Rentenkasse fließen. So stellen wir die richtigen Weichen: Die Alterssicherung der heute Erwerbstätigen muss ein sicheres Fundament haben.

Eine Diskussion wird es zum Existenzminimum und zur sogenannten „kalten Progression“ im Einkommensteuertarif geben, wobei das Ziel sein wird, eine Anpassung von steuerlichem Grundfrei-

betrag und Kinderfreibetrag zu erreichen. Damit kann Wolfgang Schäuble einen Spielraum für Steuerersenkungen von ca. 15 Mrd. Euro bieten. Er schlägt vor, dieses Geld zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zu nutzen, was ich ausdrücklich unterstütze.

Die Investitionen steigen um fast 2 Mrd. Euro z.B. für den Breitbandausbau (600 Mio.) an. Ein Bereich, dem definitiv die Zukunft gehört. Innovativen, jungen Unternehmen

wird der Zugang zu Fremdkapital erleichtert. Dazu soll mit der staatlichen KfW-Bankengruppe ein Zehn-Milliarden-Euro-Fonds aufgelegt werden, was mich als Vorsitzende des dazugehörigen Unterausschusses sehr freut. 46 Mio. Euro stehen z.B. für Start-Ups zur Verfügung.

Nach 1. Lesung wird das Zahlenwerk im Haushaltsausschuss weiter beraten. Am 25.11.2016 werden wir im Bundestag über das Haushaltsgesetz abschließend abstimmen.

Innere Sicherheit—Gesetze durchsetzen!

Notunterkünfte werden nicht mehr benötigt, Turnhallen sind seit langem wieder freigegeben – der „Flüchtlingszustrom“ ist spürbar weniger geworden. Ja, Integration bedeutet Deutsch lernen, sich ins Gesicht schauen können und die Möglichkeit, sich durch ehrliche Arbeit in unser Gemeinwesen einzubringen. Hinzu kommt, dass dabei unsere Sicherheit und Ordnung Unterstützung erfahren müssen: Nicht nur im Bund sondern auch auf Länderebene müssen wir dabei an einem Strang ziehen, damit unsere Bürger vor Ort sich „sicher fühlen“.

Hierfür brauchen wir nicht unbedingt eine Anzahl neuer Gesetze, sondern die vorhanden bzw. bereits beschlossenen müssen entsprechend umgesetzt werden. Als Ihre Bundestagsabgeordnete unterstütze ich daher die Pläne des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble im aktuellen Haushaltsentwurf, die Finanzmittel des Innenministeriums auf 8,3 Milliarden Euro aufzustocken. Seit der Regierungsbeteiligung der CDU/CSU im Jahre 2005 (4,1 Milliarden Euro) wurden somit die Mittel der inneren Sicherheit mehr als verdoppelt. Die Ausgaben für die Bundespolizei haben sich von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf 4,3 Milliarden im Jahr 2017 eben-



falls fast verdoppelt. Die Zahl der Stellen bei der Bundespolizei ist von 38.000 auf gut 40.000 gestiegen, um verstärkte Grenzkontrollen auch personell zu unterfüttern.

Auch das von Bundesminister de Maizière vorgestellte Sicherheitspaket zur Terrorismusbekämpfung findet meine Unterstützung. Wir werden damit bei den Sicherheitsbehörden noch einmal zusätzlich 4500 Stellen einrichten. Bei der Bundespolizei sollen zwischen 2017 und 2020 zusätzlich 3250 Stellen geschaffen werden. Diese Zahl ist realistisch, weil erst eine entsprechende Anzahl an Menschen für den Beruf gewonnen und ausgebildet werden muss. Das verdoppelt die zwischen 2015 und 2017 vorgesehenen und bereits realisierten Neueinstellungen. Doch nicht nur im Bereich des Sicherheitspersonals kommt der Bund seiner Verantwortung nach. Wir wissen um die großen Herausforderungen, vor denen unsere Kommunen stehen, und diese

schlagen sich in der finanziellen Entlastung der Landkreise, Städte und Gemeinden durch den Bund nieder: rund 5 Mrd. Euro Erstattung der Ausgaben bei Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern, 700 Mio. Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und zusätzliche 800 Mio. Euro Unterstützungsleistungen für die Unterbringung von Flüchtlingen durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Darüber hinaus wird alleine Niedersachsen 2016 bei der beschleunigten Bearbeitung von Asylverfahren mit 351 Mio. Euro entlastet. Die Mittel stehen also bereit — nun sind die Länder, insbesondere unsere Landesregierung, am Zug, diese auch zügig einzusetzen.

Auch die Blockadehaltung der SPD-geführten Länder im Bundesrat bezüglich der Ausweitung des Kreises sicherer Herkunftsstaaten auf die Maghreb Staaten Nord-Afrikas muss aufgegeben werden. Nur so kann Asylgesuchen aus wirtschaftlichen Gründen schneller und effektiver eine Absage erteilt werden. Nur so können wir unsere Hilfe denen zukommen lassen, die sie aus Furcht um das eigene Leben benötigen, und nur so gelingt es uns, die Herausforderungen zu meistern — ohne Streit und indem wir an einem Strang ziehen.

Den Wert unserer Lebensmittel schätzen lernen

Das Thema Ernährung, das wissen Sie, liegt mir besonders am Herzen. Doch nicht nur die spannenden Einblicke in die Welt von fair gehandelten Produkten wie Schokolade und Kaffee (siehe Artikel unten) beschäftigen mich zur Zeit. In der zurückliegenden Woche war es die Ernährung der Kleinen, die in Berlin eine große Rolle spielte.

Am 22. September fand die 1. Lesung des Gesetzes zur Umsetzung des neuen EU-Schulfruchtprogramms statt, das ab dem Schuljahr 2017/2018 das bisherige Schulobst- und Gemüse- mit dem Schulmilchprogramm vereint. Eine sinnvolle Zusammenlegung, wie ich finde, da sie die Bürokratie für ein wichtiges Thema maßgeblich reduziert. Da ist es umso erfreulicher, dass der verringerte Bürokratieaufwand direkt in eine Erhöhung der bereitstehenden EU-Fördermittel „umgemünzt“ werden konnte: Von EU-weit 250 Millionen

Euro entfallen alleine auf Deutschland 19,7 Millionen Euro für Schulobst und -gemüse sowie 9,4 Millionen Euro für Schulmilch – insgesamt also rund 30 Mio. Euro. Die Bundesländer sollen in Zukunft kostenlos Obst, Gemüse und Milch an Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen abgeben und durch pädagogische Begleitmaßnahmen Kinder für einen gesunden Ernährungs- und Lebensstil motivieren. Zu diesem Zweck entfällt die Pflicht zur Ko-Finanzierung durch die Bundesländer. Noch ein Punkt ist wichtig: Wir wollen auch erreichen, dass Kinder den Apfel vom Baum, das Ei zum Frühstück oder das Leberwurstbrot schätzen lernen — und dadurch sensibler für die Themen Lebensmittelverschwendung, lokale Nahrungsmittelketten und Landwirtschaft werden. Auf diese Bereiche zielt das pädagogische Begleitprogramm ab.

Mit dem neuen Gesetz haben wir einen Verteilungsschlüssel für die Aufteilung der EU-Mittel auf die Bundesländer festgelegt, um Kindern deutschlandweit gesunde Lebensmittel schmackhaft zu machen.

Auch wenn das EU-Programm alleine sicherlich nicht genügt, um das Gesamtproblem schlechte Ernährung und Übergewicht in den Griff zu bekommen, so ist es meiner Meinung nach doch ein wichtiger Baustein. Durch das nun verabschiedete Gesetz wird für interessierte Bundesländer eine rechtliche Grundlage geschaffen. Dies ist auch gerade für Niedersachsen und somit für unseren Wahlkreis von Bedeutung, denn: das Schulfruchtprogramm wird bereits flächendeckend angeboten. Zusammen mit den tollen (Schul-) Projekten zum Thema Fair Trade freue ich mich für unsere Kinder im Sinne einer ausgewogenen und nachhaltigen Ernährung.

Fair Trade begeistert auch im Wahlkreis

Einen Kaffee trinken oder ein Stück Schokolade essen, das gehört für viele Menschen zum Alltag dazu. Über die Produktion und den Handel machen sich aber die wenigsten Gedanken. Das soll sich ändern, der faire Handel braucht mehr Aufmerksamkeit. So habe ich aus Anlass der „Fairen Woche“ vom 16. bis 30. September gleich drei Einrichtungen besucht, die das Thema ernst nehmen und entsprechend handeln, und ich war jeweils begeistert.

In der Grundschule Rodenkirchen beispielsweise haben mir Drittklässler den Zweck ihres Schulkiosks erklärt, der in Zusammenarbeit mit dem Weltladen Rodenkirchen mit fair gehandelten Produkten wie Orangensaft, Kakao, Kaffee aber auch Bleistiften bestückt ist. Fairer Handel ist dort seit fünf Jahren ein



großes Thema, sowohl im Sachkundeunterricht als auch in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften.

Die Bäckerei und Konditorei Meyer Mönchhof mit Hauptsitz in Ganderkesee schenkt in ihren Filialen fairen Kaffee aus, wovon ich mich bei einem Besuch in der Filiale Bookholzberg überzeugen konnte. Auch Nachhaltigkeit ist dort großes The-

ma, wie mir Geschäftsführer Thomas Stockinger erklärte.

Sehr viel Spaß hat mir auch der Besuch in der Schülerfirma Küchenzauber an der BBS II in Delmenhorst gemacht (Bild). Mit Kittel gewappnet habe ich dort selbst mit ange-

packt, Schokolade gehackt und Dinkel gemahlen. Die Schülerinnen verkaufen ihre mit fair gehandelten Zutaten hergestellten Produkte, wie zum Beispiel Schokokekse, in der Pause oder bei besonderen Anlässen, und sie sind mit Feuereifer dabei. Ihr neues Projekt ist ein Einkaufswegweiser, der auflisten soll, wo es Fair-Trade-Produkte zu kaufen. Eine tolle Idee. Weiter so, kann ich da nur sagen.

Gemeinsame Arbeit erfolgsversprechend für die Wesermarsch

Großer Start für die Bauarbeiten an der B211 — Ortsumgehung Mittelort, da habe ich gerne mit zum Spaten gegriffen. Schließlich habe ich mich gemeinsam mit Björn Thümler MdL für diesen neuen Streckenabschnitt stark gemacht. Zum feierlichen Auftakt der Bauarbeiten kam Parlamentarischer Staatssekretär Enak Ferlemann persönlich vorbei und half uns beim ersten Spatenstich.

Die 211 dient als klassische Anbindung des Seehafens Brake. Viel Verkehr herrscht auf der derzeit noch kurvenreichen Strecke, täglich fahren dort etwa 12.000 Fahrzeuge, davon 14 Prozent Schwerlastver-



Freude über den symbolischen Spatenstich zum Baustart an der B 211. Dieses Ereignis ließ sich auch Enak Ferlemann (vorne, 4. von links) nicht nehmen.

kehr. Es gibt viele Unfälle zu verzeichnen. Doch das soll sich nun ändern: 33 Millionen Euro investiert der Bund in den neuen Streckenabschnitt über 7,4 Kilometer mit deutlich weniger Kurven. Die

neue Ortsumgehung soll die Verkehrssicherheit erhöhen und die Anwohner entlasten. Nicht zuletzt wird die Wirtschaft von dem Neubau des Streckenabschnitts profitieren. Ende 2020 soll der Bau fertig sein.

Mehr Sprachförderung in Kindergärten

Deutsch so schnell und so früh wie möglich zu lernen, das ist der beste Weg für eine gute Integration. Im Kindergarten ist deshalb die zusätzliche Förderung der Jüngsten in ihrer sprachlichen Entwicklung ein wichtiger Ansatzpunkt, wie ich bei meinen Besuchen in Kindergärten im Landkreis Oldenburg, in der Wesermarsch und in Delmenhorst immer wieder erfahren habe. Dabei muss es eine Unterstützung der engagierten Arbeit der Mitarbeiter geben, das ist Voraussetzung.

Ich freue mich daher, dass sich jetzt weitere Kindergärten für das Bundesförderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ bewerben können. Stichtag ist

der 30. September 2016. Der Bund finanziert mit Hilfe des Programms eine zusätzliche, halbe Stelle speziell für die Sprachförderung sowie eine ergänzende Fachberatung. Elf Kindergärten in meinem Wahlkreis erhalten diese Förderung bereits.

Neu ist, dass sich ab sofort auch kleinere Einrichtungen ab einer Größe von 20 Plätzen bewerben können. Außerdem haben Träger öffentlicher Kindergärten mit mehr als 160 Kindern nun erstmals die Möglichkeit, eine zweite halbe Stelle für die Sprachförderung zu beantragen. Deswegen lautet meine Empfehlung: Schnell bewerben! (<http://sprach-kitas.fruhechancen.de/aktuelles/>)

Unterwegs:

- 26.09.– 30.09.2016 Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- 01.10.2016 Konstituierende Fraktionssitzung und Klausurtagung Kreistagsfraktion, Wildeshausen
- 03.10. – 07.10. 2016 Delegationsreise nach Serbien, Niedersächsische Landesgruppe



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969